

GWS-Kurzmitteilung 3/2026

Trump und Grönland

Was sollte getan werden?

Anke Mönnig

Marc Ingo Wolter

Impressum

Autor:innen

Anke Mönnig

Tel.: +49 541 40933-210, E-Mail: moennig@gws-os.com

Dr. Marc Ingo Wolter

Tel.: +49 541 40933-150, E-Mail: wolter@gws-os.com

Titel

Trump und Grönland. Was sollte getan werden?

Veröffentlichungsdatum

© GWS mbH Osnabrück, Januar 2026

Lektorat

Inka Peters

Haftungsausschluss

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers / der Verfasser und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der GWS mbH wider.

Herausgeber der GWS-Kurzmitteilung

Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung mbH

Heinrichstr. 30
49080 Osnabrück

Trump und Grönland

*"Countries have to have ownership and you defend ownership, you don't defend leases. And we'll have to defend Greenland. [...] The US will do it the easy way or the hard way."
(Donald Trump, 2026)¹*

Das neue Jahr 2026 hat erst die dritte Kalenderwoche erreicht und schon sieht sich Europa vor einer ernsthaften Konfrontation mit den USA. Das Zentrum des Konfliktes ist Grönland – eine Insel von 2,2 Mio. Quadratkilometer mit rund 60 000 Einwohner:innen, die den Status eines autonomen Territoriums (Königreich Dänemark) hat.

Das Interesse der USA an Grönland ist historisch gewachsen und hat sich insbesondere während des Kalten Krieges intensiviert. In dieser Zeit errichteten die USA zahlreiche Militärbasen. Mit dem Ende des Kalten Krieges zogen sich die Amerikaner:innen aus eigenen Stücken zurück und unterhalten aktuell nur noch eine Militärbasis in Grönland. Die geografische Lage von Grönland zwischen Russland und der Vereinigten Staaten ist das eine Argument für ein strategisches Interesse – ein anderes die Kontrolle für neu entstehende Schifffahrtslinien im Osten und Westen Grönlands von den USA nach Asien, aber auch von Europa nach Asien.

Bereits in seiner ersten Amtsperiode schlug Donald Trump den Kauf von Grönland vor. Damals noch blieb diese Idee eine Anekdote. Mit Beginn seiner zweiten Amtszeit wiederholte Trump seine Begehrlichkeit und schloss nun auch die Anwendung von Zwangsmaßnahmen nicht mehr aus. Nachdem die Konsultation Dänemarks und Grönlands mit den USA zu keiner Einigung geführt hat und acht europäische Länder² einen Erkundungstrupp nach Grönland entsandt hatten, drohte Donald Trump diesen acht Ländern am Wochenende mit Zusatzzöllen, sollte Grönland nicht an die USA abgegeben werden. Die Zölle würden ab dem 1. Februar zunächst 10 % betragen. Ab dem 1. Juni sollen sie auf 25 % steigen, wenn kein Abkommen für einen US-Kauf der Insel erzielt werde.³

Donald Trump zieht also wieder seine Zoll-Bazooka, wie schon im April 2025, als er mit dem „Liberation Day“ die Welt mit hohen Zusatzzöllen überzog – die in den anschließenden Wochen nach oben und nach unten korrigiert wurden. Die EU konnte sich im August 2025

¹ Smith, S. (10.01.2026): Trump says US needs to 'own' Greenland to prevent Russia and China from taking it. BBC. <https://www.bbc.com/news/articles/c78vj5n7jg3o>, abgerufen am 21.01.2026.

² Dänemark, Deutschland, Norwegen, Schweden, Frankreich, Großbritannien, Niederland und Finnland

³ Kipnis, A., Heide, D. & Holtermann, F. (17.01.2026): Trump kündigt Zölle gegen Deutschland und weitere Länder an. Handelsblatt. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/eskalation-wegen-groenland-kuendigt-trump-zoelle-gegen-europaeische-laender-an-auch-deutschland-betroffen/100192441.html>, abgerufen am 21.01.2026.

auf einen Zoll-Deal mit den USA einigen, der 15 % Zoll auf EU-Exporte in die USA und 0 % Zoll auf US-Exporte in die EU vorsah.

Diese neuen „Grönlandzölle“ sind erstmal eine Belastung für die deutsche Wirtschaft. Nach Jahren der Stagnation konnte das Jahr 2025 mit einem leichten Wachstum von 0,2 % abschließen. Für das laufende Jahr wird mit größeren Wachstumseffekten durch die Rüstungs- und Investitionspakete der Bundesregierung gerechnet. Die Grönlandzölle würden diesen vermeintlichen Aufschwung dämpfen. Leittragende wären die Branchen der Hauptexportgüter Auto, Chemie und Maschinen. Das Ausmaß des Negativeffektes dürfte allerdings überschaubar sein, da nach jetzigem Stand nicht alle Länder der EU betroffen wären und es somit Umlenkungsoptionen deutscher Exportgüter bspw. über Italien oder Spanien geben könnte. Insofern könnte sich die EU in einer besseren Position gegenüber den Zollrohungen Trumps wähnen, als sie es letztes Jahr war – mit der Option, auch deutlicher mit Gegenmaßnahmen zu reagieren:

1 Europäische Einigkeit. Die USA können zwar einzelne EU-Länder anders verzollen als andere, die EU kann aber nur einheitlich gegenüber den USA auftreten. Dadurch ist potenziell das Risiko groß, dass einige Länder der EU aus dem Verbund ausscheren. „Einer für alle und alle für einen“ sollte die Devise Europas gegenüber den politischen motivierten „Grönlandzöllen“ sein. Die EU sollte mit einheitlicher Stimme für Gegenmaßnahmen stimmen.

2 Schnelle Gegenmaßnahmen. „Wenn dich jemand auf die rechte Backe schlägt, dann halte auch die andere hin“ kann nicht das Credo für die europäischen Gegenmaßnahmen sein. Diese von Donald Trump initiierte politische Erpressung mit den Mitteln der Ökonomie sollte beantwortet werden – und zwar in höchstmöglicher Geschwindigkeit. Die Maßnahme sollte als eine unmittelbare Reaktion auf amerikanische Zusatzzölle formuliert werden.

3 Starke Gegenmaßnahmen. Die zwei Hundeschlitten, die Grönland verteidigen, sollten nicht Sinnbild für die Gegenmaßnahmen Europas sein.⁴ Es sollte eine starke Antwort geben, die aus den folgenden vier Komponenten bestehen könnte:

- Die Entscheidung im europäischen Parlament über das Zollabkommen mit den USA auf Eis legen
- Eine Digitalabgabe einführen
- Zusatzzölle auf bestimmte US-Produkte auflegen
- Die Teilnahme an der Fußball-WM in den USA absagen

⁴ Kipnis, A., Heide, D. & Holtermann, F. (17.01.2026): Trump kündigt Zölle gegen Deutschland und weitere Länder an. Handelsblatt. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/eskalation-wegen-groenland-kuendigt-trump-zoelle-gegen-europaeische-laender-an-auch-deutschland-betroffen/100192441.html>, abgerufen am 21.01.2026.

Als schnelle Antwort auf Trumps Zolldrohungen sollte die EU also möglichst einig, schnell und stark reagieren. Verzögerungen, Uneinigkeit und schwache Gegenmaßnahmen werden einen Präsidenten wie Donald Trump nicht beeindrucken.

Als langfristige Antwort auf das Handeln von Trump (und auch im Kontext anderer geopolitischen Verschiebungen) ist die EU gut beraten, sich auf ihre Stärken zu besinnen, Kooperationen mit anderen Nationen zu suchen und zu festigen sowie geopolitische Resilienz und (digitale) Souveränität stringent anzustreben:

4 Auf die Größe der EU besinnen. Die EU sollte entsprechend ihrer globalen ökonomischen Bedeutung handeln. Mit 450 Mio. Einwohner:innen und einer Wirtschaftskraft von fast 18 Bill. Euro ist die Europäische Union ein wichtiger globaler Player und wichtiger Absatzmarkt auch für amerikanische Produkte. Zudem ist die EU stark aus sich selbst heraus. Mit rund 60 % der Exporte sind die Länder der EU die wichtigsten Handelspartner Deutschlands.

5 Kooperationen suchen und stärken. Die USA sind zwar der wichtigste Handelspartner der EU, es ist aber nur eines von fast 200 Ländern. Eine Diversifizierung der Handelskooperationen der EU ist zwingend, um den absehbaren Handelsrückgang mit den USA zu kompensieren. Die Ratifizierung des Mercosur-Abkommens ist ein weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung. Verhandlungen zu Freihandelsabkommen mit zum Beispiel Thailand, Malaysia, Indien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten sind in den letzten Jahren wieder aufgenommen worden und sollten gezielt fortgeführt werden.

6 Resilienz und Souveränität erhöhen. Die Europäische Union ist hochgradig abhängig von Importen aus anderen Ländern. Sei es Energie (Erdöl, Erdgas), Rohstoffe (seltene Erden), spezifische Vorprodukte (Batteriezellen, Speicherchips), digitale Dienstleistungen (Plattformen, Betriebssysteme) oder Verteidigung (Rüstungsgüter). Diese Abhängigkeiten haben in geopolitisch herausfordernden Zeiten Erpressungspotenzial. Die EU sollte daher bestrebt sein, diese Abhängigkeiten zu reduzieren und eigene Kompetenzen in wichtigen Industrien aufzubauen. Das Handlungsspektrum reicht von gezielten Industriesubventionen, spezifischen Entscheidungen der öffentlichen Hand (z. B. Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofes für OpenDesk), einer Forcierung des Ersatzes und der Aufbereitung von Rohstoffen (u. a. Materialforschung) über EU-länderübergreifende Kooperationen für Rüstungsgüter (insbesondere Flugzeuge, Raumfahrt-Raketen) bis zu einer entschiedener Reduktion der Abhängigkeiten von fossilen Brennstoffen.

Diese langfristigen Empfehlungen müssen konsequent verfolgt werden, unabhängig davon, wie sich die geopolitischen Begebenheiten entwickeln. Auch wenn Frieden in der Ukraine entstehen oder wieder ein transatlantisch orientierter US-Präsident an die Macht kommen sollte, darf die EU nicht wieder in gewohntes Wohlfühlverhalten zurückfallen. Es ist höchste Zeit, das mittel- und langfristige Streben nach Diversifizierung, Resilienz und Souveränität unmissverständlich voranzutreiben und mit (neuen) Partnern auf Augenhöhe voranzuschreiten.